



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ROTH: IMMOBILIENWIRTSCHAFT VON ZENTRALER BEDEUTUNG

09.05.2008 Fachinformation

Die Immobilienwirtschaft sei mit rund einer Million Beschäftigten und einer jährlichen Bruttowertschöpfung von über 300 Milliarden Euro ein wichtiger Teil der deutschen Volkswirtschaft, so Karin Roth, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Ziel der Wohnungs- und Städtebaupolitik des Bundes sei es, den Wohnungs- und Immobilienstandort Deutschland durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen zu stärken. Zentrale Handlungsfelder seien dabei die energetische Aufwertung des Gebäudebestands als Beitrag zum Klimaschutz und zur Senkung der Wohnnebenkosten sowie die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen von Familien und älteren Menschen, insbesondere in den bestehenden Stadtquartieren, sagte Roth anlässlich der Eröffnung des diesjährigen BFW-Immobilienkongresses in Berlin. Ein breit gefächertes, bedarfsgerechtes Wohnungsangebot für ein selbstbestimmtes Wohnen müsse das Ziel sein. Von den entsprechenden Bundesprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung, zur Stärkung der Innenstädte, aber auch vom Gesetzentwurf zum Eigenheimrentengesetz erwarte sie positive Impulse für die Immobilienwirtschaft.

<https://bbu.de/beitraege/roth-immobilienwirtschaft-von-zentraler-bedeutung>